

RATSANTRAG

Münster; 02.11.2021

Die Stadt des Westfälischen Friedens tritt gegen die gewaltsame Verfolgung von LGBTIQ-Menschen ein

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Stadt Münster führt in Kooperation mit passenden lokalen Akteuren und Multiplikatoren eine Konferenz zur gewaltsamen Verfolgung der LGBTIQ-Menschen durch.
2. Ziel der Konferenz ist es, Menschenrechtsverletzungen in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und die aktuelle Lage für Betroffene vor Ort aufzuzeigen. Lösungsansätze zum besseren Schutz queerer Menschen, die vor Gewalt und Verfolgung flüchten, sind zu entwickeln. Zudem ist zu erörtern, wie aus Deutschland heraus dabei geholfen werden kann, die Verbrechen aufzuarbeiten und die Täter zur Verantwortung zu ziehen.
3. Die Ergebnisse der Konferenz werden dem Ausschuss für Gleichstellung vorgelegt und dort erörtert. Ziel ist es, die Bundesregierung aufzufordern, sich gegen die Diskriminierung und Gewalt einzusetzen, humanitäre Hilfe zu leisten und Betroffenen Schutz zu gewähren.

Begründung

In jüngster Vergangenheit sind grausame Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien publik geworden. Seit dem Jahr 2016 führt der tschetschenische Staatschef Ramsan Kadyrow eine brutale Kampagne zur „Blutsäuberung“ von tschetschenischen LGBTIQ-Menschen durch. Es kommt zu staatlich bewilligten Einsätzen, in denen Menschen inhaftiert, in geheime Gefängnisse eingesperrt und gefoltert werden, um so viele Homosexuelle wie möglich zu identifizieren. Der nächste Schritt ist, sie systematisch auszurotten. Zahlreiche LGBTIQ-Menschen wurden bereits getötet, noch mehr Personen werden vermisst. Der tschetschenische Staatschef Ramsan Kadyrow hat bei einem Besuch in Moskau gegenüber Putin erklärt, er würde sein Land von LGBTIQ-Menschen säubern. Es handelt sich also um eine ethnische Säuberung. Das Russische LGBTIQ-Netzwerk spricht sogar vom Genozid an LGBTIQ-Menschen. Denn: Homo- oder Bisexualität passen laut dem Regime nicht zum tschetschenischen Geschlechterrollenbild.

Diese Situation ist katastrophal. Die Inhaftierten haben kaum eine Chance, dies zu überleben. Selbst wenn sie aus den Gefängnissen entlassen werden, werden sie von ihren Angehörigen bedroht. Die tschetschenischen Strafverfolgungsbehörden forderten sogar, dass die Verwandten die homosexuellen Familienmitglieder hinrichten sollen, und berufen sich dabei auf den alten Brauch der Vainakh – „Ehrenmord“ (eine Maßnahme, die es

ermöglicht, den guten Namen der Familie zu „waschen“, indem der Schuldige dieser Schande getötet wird).

Der TV-Sender ARTE hat am 18.05.2021 auf Youtube einen investigativen Dokumentarfilm über die Situation der LGBTIQ-Menschen in Tschetschenien veröffentlicht, der die dramatische und lebensbedrohliche Lage der LGBTIQ-Menschen in Tschetschenien zeigt (<https://www.youtube.com/watch?v=M3CBkV3P5SI>).

Am 21. Dezember 2018 veröffentlichte die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) einen Bericht über die Verfolgungswelle und Folter von Homosexuellen in Tschetschenien im Jahr 2017: Dieser offenbart die Weigerung der russischen Behörden, die Vorkommnisse in Tschetschenien zu untersuchen (<https://www.osce.org/odihr/407402?download=true>).

Am 14. Januar 2019 berichtete Amnesty-Material über die erneute Verfolgungswelle und Folter von Homosexuellen in Tschetschenien (<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/russische-foederation-erneute-verfolgungswelle-und-folter-von-homosexuellen>).

Die Gewalt in Tschetschenien steht hier beispielhaft für eine weltweite Verfolgung der Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder der sexuellen Orientierung. Denn in mehr als 70 Ländern sind gleichgeschlechtliche Beziehungen kriminalisiert worden, und in einigen Ländern steht sogar die Todesstrafe darauf. Andere haben Gesetze verabschiedet, die LGBTIQ-Personen diskriminieren oder die die Behörden zur Verfolgung von LGBTIQ-Personen einsetzen, wie z.B. vage geschriebene Gesetze über öffentliche Unsittlichkeit.

Münster als Friedensstadt steht in der Tradition von Weltoffenheit, Toleranz und Gleichstellung. Es ist der passende Ort, unter Beteiligung passender lokaler Akteure eine solche Konferenz auszurichten und das Ziel, Menschenrechte weltweit zu wahren aus Münster heraus zu betonen.

gez. Stefan Weber und Fraktion